



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Jens Christian Kage
Pressesprecher

Jens.C.Kage@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Neue Förderung: Viele Fragen offen, Wohnbauziel unerreichbar

Berlin, 25.01.2023. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen blickt enttäuscht auf das neue Förderprogramm „Klimafreundlicher Neubau“: „Durch dieses Programm werden leider nicht die dringend benötigten Impulse für den Wohnungsneubau gesetzt. Die Anforderungen sind zu hoch, die Anreize viel zu niedrig. Klimagerechtes Bauen sei keine „Kann-Entscheidung“, sondern eine „Muss-Entscheidung“, sagt die Bundesbauministerin. Mit diesen hohen Anforderungen bleibt es eine „Geht-nicht-weil-zu-teuer“-Entscheidung“, erklärte BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.

„Bauen bleibt daher unrealistisch. In der Bezahlbarkeit des Wohnraums liegt der Schlüssel zur Schaffung von mehr Angebot, um den enormen Bedarf annähernd zu decken“, so der BFW-Präsident.

„Die ordnungspolitischen Anforderung an das Bauen werden immer weiter erhöht und gleichzeitig gerät die Bezahlbarkeit immer weiter aus dem Blick. Warum das in dieser angespannten Lage nicht erkannt wird, ist schlicht nicht nachzuvollziehen. Das Wohnungsbauziel von 400.000 neuen Wohnungen rückt in unerreichbare Ferne. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt wird sich so nur weiter zuspitzen“, sagte Salewski.

„Viele der Details sind noch nicht bekannt. Die Höhe des angekündigten Zinssatzes der Kredite ist noch unklar. Nur mit klaren Rahmenbedingungen lassen sich Planungen und Berechnungen anstellen“, betonte der BFW-Präsident.

„Wir brauchen jetzt Sofortmaßnahmen, die Bauen radikal vereinfachen und trotzdem dem Klimaschutz gerecht werden. Und wir brauchen realistische Maßnahmen, die mittel- bis langfristig ihre Wirkung entfalten“, mahnte Dirk Salewski.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.